

Stodieck, Helmut

Article — Digitized Version

Rohstoffpolitik auf amerikanisch

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Stodieck, Helmut (1973) : Rohstoffpolitik auf amerikanisch, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 53, Iss. 7, pp. 362-363

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134565>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Rohstoffpolitik auf amerikanisch

Helmut Stodieck, Hamburg



Innerhalb weniger Wochen nutzten die USA im Rohstoffsektor zweimal die Gelegenheit, aller Welt nachdrücklich ihre wirtschaftspolitische Unabhängigkeit zu demonstrieren. Zum einen verhängten sie mit erstaunlicher Souveränität unerwartet Exportverbote für Sojabohnen, Baumwollsaat sowie deren Produkte Öl und Schrot. Zum anderen planen sie teilweise massive Abgaben aus den strategischen Rohstoffreserven des Landes. Beide Aktionen sind innenpolitisch motiviert, sie sollen vor allem zur Preisstabilität beitragen.

Vorbelastung der GATT-Verhandlungen

Man kann davon ausgehen, daß der Exportstopp die im Herbst beginnenden GATT-Verhandlungen erheblich vorbelastet. Denn Liberalisierung des Welthandels muß ein inhaltsloser Programmpunkt bleiben, solange einzelstaatliche Interessen in der Form durchgesetzt werden, wie es die Amerikaner soeben vorgeführt haben. Ähnliches gilt für die Stockpile-Freigaben. Mit dem kurzfristig eingeleiteten Verkauf gehorteter Metalle und anderer Industrierohstoffe setzen sich die USA über die Interessen der von Rohstofflösungen weitgehend abhängigen Entwicklungsländer hinweg, als handele es sich bei deren Vorhaltungen um eine Einmischung in interne Angelegenheiten der Vereinigten Staaten.

Daß dies keineswegs der Fall ist, läßt sich besonders gut am Beispiel der von den USA gehaltenen strategischen Zinnreserven demonstrieren. Hier treten Folgewirkungen auf, die es durchaus angebracht erscheinen lassen, die Stockpile-Abgaben, zumindest aber die Modalitäten des Lagerabbaus sehr kritisch zu betrachten.

Zinn wird fast ausschließlich in Entwicklungsländern gewonnen, während sich der Verbrauch weit-

gehend auf die hochentwickelten Industrieländer beschränkt. Staaten wie Malaysia, Bolivien, Thailand, Indonesien und Nigeria, auf die rund 80% der Gewinnung entfallen, sind wesentlich von den Erlösen aus Zinnexporten abhängig. Andererseits haben die USA im Zeitraum von 1960 bis 1971 durchschnittlich 56 400 t Rohzinn im Jahr verbraucht, ohne über eigene Vorkommen zu verfügen.

Aufgabe der strategischen Lagerhaltung

Diese räumliche Trennung von Produktion und Verbrauch war die Ursache dafür, daß Zinn in den USA zu den „highly strategic and critical materials“ gezählt und im Rahmen der strategischen Rohstoffbevorratung eingelagert wurde. Die aus amerikanischer Sicht gefährliche und unter Umständen kostspielige Abhängigkeit von jenen Ländern, die über Zinnvorkommen verfügen und Zinnkonzentrat oder -metall exportieren, sollte dadurch abgeschwächt und für kurze Krisenzeiten gänzlich überwunden werden.

Der Aufbau strategischer Zinnlager wurde in den USA schon Anfang der dreißiger Jahre angeregt. 1940 und 1941 waren bereits beachtliche Mengen in staatlichen Rohstofflagern angesammelt, und nach dem Kriege wurde die Bevorratungspolitik vor allem auf der Basis des „Strategic and Critical Materials Stock Piling Act of 1946“ fortgeführt. Dabei berücksichtigte man die Erfordernisse eines konventionellen Krieges, ohne daß lange Jahre angegeben wurde, welchen Umfang die Zinnvorräte annehmen sollten und zu welchem Teil das Programm erfüllt war. Erst 1967 gab das U.S. Office of Emergency Planning eine detaillierte Aufstellung der Rohstoffmengen bekannt, die für den Fall eines Nuklearkrieges verfügbar sein sollten. Da die Bestände auch weiterhin den jeweils höchsten Erfordernissen eines begrenzten oder allgemeinen, konventionellen oder nuklearen Krieges entsprechen sollten, wurden jedoch die auf einen konventionellen Krieg von drei Jahren Dauer abgestimmten Mengen als Ziel der Lagerhaltung beibehalten.

Dr. Helmut Stodieck, 34, ist Mitarbeiter am Institut zur Erforschung technologischer Entwicklungslinien in Hamburg. Seine Spezialgebiete sind die langfristige Wirtschaftsentwicklung und Rohstofffragen.

Tatsächlich verfügten die USA zu jener Zeit trotz umfangreicher Verkäufe seit Herbst 1962 über weit größere Bestände. Selbst 1973, als die General Services Administration nach fünfjähriger Pause wieder mit Marktabgaben begann, war mit rund 250 000 long tons noch mehr als das Vierfache des durchschnittlichen jährlichen Rohzinnverbrauchs der USA eingelagert. Daß die USA diese Vorräte für überhöht halten, ist verständlich. Die Absicht des Präsidenten der Vereinigten Staaten, die Bestände auf 40 500 long tons – das heißt auf 16% des derzeitigen Bestands – zu vermindern, überrascht dennoch. Zusammen mit den Daten, die im Hinblick auf die künftige Lagerhaltung anderer Industrierohstoffe bekannt wurden, lassen sie eine weitgehende Distanzierung von der Idee des „strategic stockpile“ vermuten.

Konsequenzen des Vorratsabbaus

Unter rein militärischen Aspekten mag diese veränderte Beurteilung gerechtfertigt sein. Die Versorgungslage auf einem Rohstoffmarkt ist aber nicht nur von der Wahrscheinlichkeit militärischer Konflikte abhängig. Die Reduzierung der strategischen Rohstoffreserven der USA in dem jetzt beabsichtigten Umfang hat, auch wenn die Bestände ursprünglich unter dem Gesichtspunkt der nationalen Sicherheit der Vereinigten Staaten gehortet wurden, weiterreichende Konsequenzen. Sie bedeutet den Verzicht auf einen Vorrat, der gut zwanzig Jahre lang zwischen Anbietern und Verbrauchern stand und im Krisenfall marktordnend einsetzbar war. Die zinnproduzierenden Länder, die sich heute energisch gegen Verkäufe aus den strategischen Reserven der USA aussprechen, werden am Ende der Aktion – als ungewollte Folge der kurzfristigen Interessenpolitik der USA – jedenfalls eine stärkere Marktposition haben als in den vergangenen Jahren.

Dies folgt nicht nur aus dem Verzicht des größten Zinnverbrauchers auf seine Rohstoffreserve. Die

Position der Anbieter wird sich darüber hinaus langfristig verbessern, weil zumindest die Gefahr besteht, daß im Verlaufe der GSA-Abgaben ein künstliches Marktgleichgewicht entsteht, das von einem Nachfrageüberhang abgelöst wird, sobald die Verkäufe der US-Behörde eingestellt werden. Selbst wenn die gut 200 000 long tons Zinn, um die es maximal geht, innerhalb von zehn Jahren abgesetzt würden, bedeutete dies eine „Zusatzversorgung“ von rund 20 000 long tons im Jahr, also rund 12% des Rohzinnverbrauchs der westlichen Länder. Der preisdämpfende Effekt, den die Amerikaner anstreben, wäre größer, wenn der Abgabezeitraum kürzer gewählt würde. Größer würden aber am Ende der Verkäufe auch die Probleme, das vom Lager gelieferte Zinn durch entsprechende Bergwerksproduktion zu ersetzen. Knappheitsbedingte Preissteigerungen, die dann zu befürchten wären, hätten – wie in den Jahren 1950 und 1951, als der stockpile aufgebaut wurde – weniger mit „gouging“ der Zinnproduzenten als mit der Rohstoffpolitik der USA zu tun.

Geht man davon aus, daß die US-Regierung Zinn verkaufen will, daß diese Abgaben die Marktentwicklung aus der Sicht der Verbraucher mittel- und langfristig aber negativ beeinflussen, so fragt sich, wie das Problem zu lösen ist. Die Möglichkeiten des Zinnrats in London sind angesichts der Mengen, die die GSA abzugeben gedenkt, begrenzt. Weder von der Zielsetzung noch vom Instrumentarium her ist das Zinnabkommen zu derartigen Interventionen geeignet. Eine bessere Lösung könnte darin bestehen, daß Industriestaaten wie die Bundesrepublik und Japan, die bei ihrer Rohstoffversorgung fast vollständig vom Ausland abhängig sind, zumindest einen Teil der GSA-Abgaben zum Aufbau eigener Rohstofflager verwenden. Der Einsatz von Dollarreserven dieser Länder zum Ankauf von Zinn und anderen Rohstoffen aus den strategischen Reserven der USA könnte die Finanzierung erleichtern und wäre überdies währungspolitisch nur zu begrüßen.

WELTKONJUNKTUR DIENST

Jahresbezugspreis
DM 60,-

Der Vierteljahresbericht, der von der Konjunkturabteilung des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg erarbeitet wird, analysiert und prognostiziert die wirtschaftliche Entwicklung in den wichtigsten westlichen Industrienationen sowie auf den Weltrohstoffmärkten.

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG